

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 1 (1921-1922)
Heft: 3

Artikel: Die Taktik der Freigeldler
Autor: Marbach, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-328155>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weit wichtiger ist die andere Frage, wie es möglich sein wird, die Bauern für die Arbeiterbewegung zu interessieren, allenfalls als Gegner auszuschalten oder, wenn sie es sind, die vorzüglich die Rolle des Großkapitals spielen, mit Hilfe anderer Gruppen zu bekämpfen. Der Gedanke, sie als vorzüglichen Verbündeten im Kampfe um die Sozialisierung der am ehesten dazu reifen Produktionszweige zu gewinnen, ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen, ohne Zweifel. Aber die Kampfstellungen können derart wechseln, daß der Bauer weniger als jeder andere Bourgeois geeignet ist, mit dem Arbeiter zusammenzugehen.

Und das ist der Fall im gegenwärtigen Moment.

Die erste Sorge der Arbeiterklasse muß sein, zu verhindern, daß die Agrarier heute, in der Blüte ihrer politischen Kraft, durch ihre Zollpolitik und die Praxis der Einführverbote die Exportindustrie ruinieren und ihr Hauptziel erreichen: die daraus resultierende Vernichtung der Arbeiterorganisationen. Erst wenn diese Epoche überwunden sein wird, darf man daran denken, mit dem Bauerntum zusammenzuarbeiten. Es wird der Bauernklasse nicht immer so gut gehen, wie es ihr während des Krieges ging und wie es ihr dank künstlicher Verlängerung der Konjunktur immer noch geht. Erst wenn diese Zeit vorüber ist, werden sie neuen Gedanken zugänglich sein. Wie man es alsdann anfangen will, ihnen solche Gedanken beizubringen, das ist die Frage der Taktik. Man kann von Partei zu Partei verhandeln. Das wäre kein Novum. Man könnte zweitausend Bergbauern organisieren, der Organisation den Namen einer „sozialistischen Bauernpartei“ geben und ein kleines Organ gründen, das die Grundsätze der neuen Partei propagieren würde, sozialistische mit allen Reservaten für die kleinen Besitzer und mit dem Alusfallstor nach rechts: Besserstellung der Bauern durch Angriff auf die Bodenschulden. Dabei würde man ja erfahren, wie die bürgerlichen Bauern sich dazu stellten. Man könnte dies und jenes tun. Nur heute nicht. Heute sind die Bauern die Hauptfeinde. Heute darf man sich bloß in den Kampfspausen fragen, was morgen zu tun sei.

Die Taktik der Freigeldler.

Von Dr. Frix Marbach.

Im Korrespondenzblatt der schweizerischen Festbesoldeten Nr. 11 (Redaktion Nationalrat Otto Graf) steht das Resümee eines Vortrages, den Genosse Schwarz, der Geschäftsführer des S. F. F. B. (Schweiz. Freiland-Freigeldbund), der Delegiertenversammlung der Graubündener Festbesoldeten hielt.

Das Referat ist für die Beurteilung der Stellung der Freigeldler zur Sozialdemokratie von ausschlaggebender Bedeutung.

Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zur Freigeldfrage war bis heute kein bestimmtes. In allernächster Zeit wird sich die Partei die Mühe nehmen müssen, zum Freiland-Freigeldbund eine feste Stellung zu beziehen. Sie wird das in doppelter Hinsicht tun müssen. Erstens wird sie die Freiland-Freigeldfrage einer materiellen Prüfung zu unterziehen haben und zweitens wird sie sich mit der Taktik der Freigeldler auseinandersezgen müssen.

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei hat einen Spezialisten von Ruf (Prof. Dr. Marbach) mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über die materiellen Fragen der Freiland-Freigeldbewegung beauftragt, so daß sich die Parteigenossen in Bälde ein Urteil über diese Bewegung machen können, da es an Literatur pro und kontra nicht fehlen wird.

Der materielle Inhalt einer Lehre ist jedoch nicht alles. Zu jeder Lehre und zu jedem Programm gehört eine Art „Gebrauchsanweisung“, d. h. eine Bezeichnung des Weges, auf dem das Programm zum Punkte der Zielerfüllung gelangen kann. Die Sozialdemokratie hat sich in jahrelangen Auseinandersetzungen um taktische Fragen gestritten. Heute existiert eine Kristallisation jener Auseinandersetzungen im taktischen Teil des neuen sozialdemokratischen Programms. Die These des reformistischen Hineinwachsens in den Sozialstaat ist darin mit Recht abgelehnt worden. Die These, wonach die Errichtung des Sozialstaates nur das Resultat einer politischen Machtergreifung des Proletariats mit vorübergehender diktatorischer Ausübung der Staatsgewalt durch eben dieses Proletariat sein kann, ist angenommen worden. Damit hat sich die Partei endgültig von der klassenversöhnenden Politik beispielsweise der Grütlianer oder der Vertreter der zweiten Internationale getrennt.

Um der Partei anzugehören, genügt es nicht, mit ihr dasselbe Ziel, das heißt den Willen zur Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaft zu haben (was übrigens die Freigeldler nur zur Hälfte tun wollen, da sie wohl Zins und Grundrente, aber nicht den Unternehmerprofit antasten), man muß in einem weiteren Rahmen mit ihrer taktischen Aufsäffung übereinstimmen. Dieser weite oder sagen wir besser tolerante Rahmen ist aber nicht so weit, daß er entweder eine reformistische oder eine utopische Taktik umfassen könnte. Bekennen sich die Freigeldler zu einer reformistischen oder gar utopischen Taktik, so werden sie unmöglich Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein können.

Das Referat des Geschäftsführers des S. F. F. B. vor den Fixbesoldeten des Kantons Graubünden beweist uns nun endlich klar und in aller Schärfe, daß die Taktik der Freigeldler eine rein utopische, mit der Taktik der Sozialdemokratie und ihrer historischen Erkenntnis nichts gemein habende ist.

Wenn Charles Fourrier seinerzeit in Paris Tag für Tag nach demselben Platz gegangen ist, um auf den Millionär zu warten, der ihm das nötige Geld für die Errichtung seines Sozialstaates, der Phalansterien, geben sollte, so war er nicht utopischer als der Geschäftsführer des S. F. F. B.

Man höre, wie sich der Mann die Verbreitung seiner Lehre und die Verwirklichung seiner Ziele vorstellt.

„... Gegenwärtig herrscht immer noch die Totschweigetaktik seitens der großen Presse... (Den Freigeldlern gegenüber. M.)

Hier ist zuerst praktische Arbeit zu leisten: es darf nicht mehr heißen, „daß der schimpfende Abonnent auch zahlt“, sondern jeder muß bei seinem Leibblatt den weitern Bezug davon abhängig machen, daß es eine klare, bündige Darstellung der Freigeldlehre bringt. Wohlverstanden: eine Darstellung der Freigeldlehre! Nicht eine hämische und auf die Hauptsache nicht eingehende Kritik! Nicht daß wir eine Kritik fürchten — fordern wir sie ja doch ständig heraus —, sondern weil zuerst etwas Positives gesagt werden sollte, bevor die Kritik einsetzt.

Erste Forderung somit: Der Streit der Presse gegenüber der Freigeldlehre muß gebrochen werden.

Neben der Presse streift auch die Wissenschaft. Siebenundzwanzig Jahre gings, bis eine Besprechung der absoluten Währung in einer schweizerischen volkswirtschaftlichen Zeitung erschien. Das ist „unsere schnellebende Zeit“! Noch kürzlich mußten Studenten einer Schweizer Universität durch zwei Delegationen von ihrem Dozenten für Währungsfragen die Behandlung der absoluten Währung erzwingen! In der Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft kamen wohl fünf Gegner zum Wort, aber die Antwort der Freunde wurde unter nichtigen Vorwänden abgewiesen. (Sie erschien dann als eigene Schrift.)

Zweite Forderung somit: Die Freigeldlehre muß hinein in die Schulen von unten bis oben. Der Professorenstreit muß gebrochen werden.

Wir sind mit unsrern Aufgaben für die nächste Zeit noch nicht zu Ende. Auch unsere Räte streiken. Sie raten und debattieren hin und her, wie viele Franken für die Post, wie viele für das Militär usw. verwendet werden sollen. Aber was ein Franken heute ist, weiß zurzeit kein Mensch, man kann es gar nicht wissen! Bis 1914 war ein Franken 290,3 Milligramm Gold, seither ist

der Goldhandel ebenfalls ohne Gesetz und Regel. Somit beschließen zum Beispiel die Räte 40 Millionen für das Militär, zahlen auch soviel aus, wissen aber nicht, ob man bei der Auszahlung der Franken 20 Prozent mehr oder weniger kauft als zur Zeit des Beschlusses, so daß im ersten Fall die Militärausgab eigentlich 50 Millionen, im letzteren Fall bloß 32 Millionen Kaufkraft betragen. Schon bei dieser geringen Summe eine Differenz von 18 Millionen Franken! Wie gewaltig werden aber die Differenzen bei unsrern 2000 Millionen Bundes Schulden! Eine Aenderung der Kaufkraft des Geldes um 20 Prozent läßt eine Differenz von 400 Millionen entstehen, die dem Schweizervolk entweder geschenkt oder neu aufgebürdet werden!

Sind sich die Räte dieser Verantwortung bewußt? Keineswegs! Wir haben vom S. F. F. B. aus die 115 gescheitesten und beweglichsten Herren unter ihnen ausgesucht und ihnen die für diesen Fall passenden Schriften gesandt. 98 kamen retour, 7 zahlten und 10 refüsierten zwar die Schriften nicht, wohl aber die Nachnahmen (Fr. 4).

Die Verhandlungen der Räte über das Nationalbankgesetz waren zeitweise von einem geradezu beängstigenden Tiefstand; in den Ausführungen von Nationalrat Dr. Brodtbeck (soz.) wurden beispielsweise Giroübertragungen (die die Nationalbank dazu noch doppelt bucht und rechnet) mit dem Notenstand verglichen. Es ist ungefähr dasselbe, wie wenn man den Umsatz einer Kremplerin mit dem Vermögen irgendeines Bürgers ohne weiteres vergleichen wollte. Die Rechnung von Herrn Dr. Brodtbeck passierte aber unbeanstandet; sie wurde auch dem Ständerat durch Herrn Ulsteri vorgelegt und blieb auch dort unangefochten!

Dritte Forderung somit: Bearbeitung unserer Räte. (Nicht aber etwa die Forderung aufstellen, die heutigen müßten heraus und Freigeldler hinein, vorher werde es nicht besser. Merken wir uns, daß die Forderungen des S. F. F. B. auch ohne die Räte, beziehungsweise gegen sie durchführbar sind auf dem Initiativwege. Wir Freigeldler werden uns sorgfältig hüten, in Wahlen zu machen; wir wollen keine Läuse in den Pelz bekommen, das heißt politische Schmarotzer züchten, denen der Sitz im Rate alles, die Not des arbeitendes Volkes Mittel — unentbehrliches Mittel — zum Zweck ist.)"

Also sprach Zarathustra-Schwarz: Brechen wir den Pressestreit! Der Professorenstreit muß gebrochen werden! Brechen wir den Streit unserer Räte! Die Nationalbank muß berannt werden! Wie, wann, womit? — Alles nach dem dritten Satz der Bibel: Und Gott sprach: Es werde Licht! Und es ward Licht! —

Es ist ein Kriterium der sozialistischen Utopisten des frühen 19. Jahrhunderts, daß sie glaubten, es genüge, die Fehler der Gesellschaft aufzudecken, um sie verschwinden zu machen. Die Freigeldler franken am gleichen Uebel. Mit einem Unterschied:

Die utopischen Sozialisten erkannten sehr bald den Irrtum, der im Glauben liegt, soziale Umwälzungen ließen sich ohne die politische Unterstützung der benachteiligten Klassen durchführen. Sie sahen gar bald ein, daß es nicht genügt, mit einem glänzenden Programm in der Hand an Vertreter der herrschenden Klasse zu appellieren. Die unterdrückte Klasse mußte sich organisieren, und sie mußte den Willen haben, wenn nötig auf dem Wege der Insurrektion für ihre Forderungen zu kämpfen. Was sagen aber die Freigeldler? „Die Forderungen des S. F. F. V. lassen sich auch ohne die Räte, beziehungswise gegen sie durchführen auf dem Initiativwege.“ Es ist staunenswert. Gegen alle Räte, die offenbar doch Vertreter ihrer Parteien sind und in Summa die Totalität des Schweizervolkes wenigstens formell vertreten, will der Freigeldbund seine neue Gesellschaftsordnung einführen. Über zu einer Initiative braucht es eine Presse, die die Initiative vertritt, sonst dringt sie im Volk nie durch. „Sehr einfach,“ sagt der Freigeldler, „brechen wir den Streik der Presse!“ Wie wenn die Sozialdemokratische Partei ihre Vermögensinitiative (die wenigstens schon eine Initiative ist) zur Annahme bringen könnte, indem sie ihren Mitgliedern die Parole übermittelte: „Brecht die Macht der Presse!“ Nicht wahr, das ist einfach! In Deutschland zum Beispiel, wo das Stinnes-Konzern über zirka 70 der größten Zeitungen frei verfügt! Nun, die Arbeiter könnten es eventuell probieren. Die Probe könnte aber nichts anderes sein als eine Probe zur Revolution. Die Revolution aber wollen die Freigeldler nicht, denn das ist ja gerade das für so viele naive Lohnbezüger so Reizende an ihrer Lehre, daß sie Reform sein will, nicht Revolution. Einerseits will der S. F. F. V. keine Revolution im Sinne der sozialdemokratischen Programmklärungen (der Freigeldler begnügt sich, zu sagen, seine Reform sei die „größte denkbare Revolution“ — nämlich wenn sie gemacht ist) und anderseits will er keine parlamentarische Aktion, weil er, wie er sich so nett ausdrückt, „keine Läuse im Pelz haben will“. Der Freigeldler will nichts als eine Initiative. Eine Initiative, die keine Stütze und keine Hebe haben kann, solange sie von keiner politischen Partei getragen ist! Das kümmert den Freigeldler nicht, er bricht die Macht der Presse, er bricht den Streik der Räte, die Macht der Nationalbank und der Schule! Die Initiative ist Anfang und Ende, Antrieb und Bewegung; etwas in der Luft hängendes Un-

definierbares, mit nichts als Morgensterns Knie-Gedicht zu vergleichendes:

Ein Knie geht einsam durch die Welt.
Es ist ein Knie, sonst nichts,
Es ist kein Baum, es ist kein Zelt,
Es ist ein Knie, sonst nichts. —

Der S. F. F. B. gefällt sich sehr gern in der Behauptung, er lege am meisten Wert auf die Überzeugung der Arbeiterschaft. Unsere Meinung ist die, daß der S. F. F. B., wenn er glaubt, eine historische Mission erfüllen zu müssen, sich an die Arbeiterschaft wenden darf. Dann darf er aber nicht auf Plakaten — wie das in Bern geschehen ist — die Arbeiter vor dem Preisabbau warnen, indem er *Arbeiter für hier mit den Bankdirektoren* als die größten Feinde der Arbeiterschaft bezeichnet. Dann hat er auch die Kritik der Partei zu tragen, für seine Meinung *innerhalb* der Partei zu kämpfen, und wenn er unterliegt, sich zu fügen. Können sich die Freigeldler der proletarischen Disziplin nicht unterziehen, so sollen sie klare Stellung gegen die Sozialdemokratische Partei beziehen und sich — trotz aller so genannten Feindschaft gegenüber der Politik, in der sie vermeintlicherweise „nicht machen“ — in einer selbständigen politischen Partei organisieren. Was sie bis dahin getan haben, gleicht einer Art Zellenbildung innerhalb unserer Organisation, die wir niemals dulden können. Die wir besonders deshalb nicht dulden können, weil der S. F. F. B. die Gesundung der Wirtschaft in utopistischer Verkenntnung der historischen Entwicklung auch von oben herab und nicht nur von unten herauf erhofft. Wie die Freigeldler zu ihrer Zeit „Sozialdemokraten“ sind, so sind sie ein anderes Mal „Fortschrittler“ oder „Grütlianer“. Es ist bezeichnend für die Taktik des S. F. F. B., daß der Fortschrittler und Bürgerpolitiker Graf in seinem Organ der Fixbesoldeten zum Herold des S. F. F. B. wird. Wer die politische Auffassung des Herrn Nationalrat Graf kennt, wird wissen, daß das eine „wenig gefährliche“ Bewegung ist, die er zu vertreten wagt. Nicht daß die Freigeldidee an sich dem Kapital ungefährlich wäre. Sicher nicht. Aber die Kapitalisten wissen, daß eine Theorie praktisch erst dann gefährlich wird, wenn ihre Anhänger bereit sind, sie mit den letzten Mitteln zu verfechten. Die Taktik des S. F. F. B. ist eine verfehlte, weil die Freigeldler, auf utopistischer Grundlage fußend, glauben, den Kapitalismus oder wenigstens seine größten Auswüchse mit Erfolg bekämpfen zu können, ohne die politische Macht eben dieses Kapitalismus zu tangieren.

Das ist es übrigens, was die Freigeldtheorie dem Spießer so lieb macht. Er kann sich in soziale Studien vertiefen, sich Kenntnisse der Gesellschaftswissenschaft aneignen und auf traurige Zustände schimpfen, ohne Gefahr zu laufen, mit dem Brotgeber in Konflikt zu geraten. Der Brotgeber weiß eben, daß die Sache so lange ungefährlich ist, als die Bewegung nicht auf die Eroberung der politischen Macht ausgeht.

Der Arbeiter hingegen muß wissen, daß die Forderungen der Freigeldler, auch wenn sie nicht so weit gehen wie die Forderungen der Sozialdemokratie, erst dann verwirklicht werden könnten, wenn die politische Macht der Bourgeoisie gebrochen ist. Der Versuch des S. F. F. B., der Arbeiterschaft diese einfache Tatsache zu verheimlichen, mutet uns fast an wie ein kapitalistisches Manöver! Eine klare Scheidung tut not!

Was uns not tut.

Von Friedrich Heeb.

Die Erfahrungen der letzten Monate in der schweizerischen Arbeiterbewegung haben aufs neue erwiesen, welch große Bedeutung einer systematischen Bildungsarbeit durch die sozialdemokratische Partei zukommt. Gewiß handelt es sich bei der durch die kommunistischen Parteispalter geschaffenen Verwirrung und Zerrüttung innerhalb der Reihen des Proletariats sozusagen um eine universelle Erscheinung, um Auswirkungen internationalen Charakters, denen gänzlich zu begegnen nicht in der Macht der sozialistischen Partei irgend eines Landes lag. Allein so zweifelsfrei das ist, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß sich die Folgen der kommunistischen Zerstörerarbeit zu einem beträchtlichen Teil hätten vermeiden lassen, wenn unsere Partei sich in den letzten Jahren der Bildungs- und Aufklärungsarbeit im Geiste des Marxismus nachdrücklicher als tatsächlich geschehen angenommen hätte. In kaum einem anderen westeuropäischen Lande — mit Ausnahme allenfalls der skandinavischen Staaten und etwa noch Englands — waren die objektiven Voraussetzungen für ein stärkeres Umsichgreifen der kommunistischen Revolutionsromantik oder Revolutionsspielerei so wenig vorhanden als gerade in der Schweiz mit ihrer regionalen Zerrissenheit in zwei Dutzend Kantone, der ausgesprochenen Dezentralisation ihrer Industrie, von anderen Faktoren ganz abgesehen. Wenn dennoch die kommunistische Propaganda bei uns einen relativ starken Resonanzboden finden und wenigstens in einigen